

**Beauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen
für Umsiedlungsfragen im Rheinischen Braunkohlenrevier**

(Umsiedlungsbeauftragte)

Margarete Kranz
Bürgermeisterin a.D.
Glehner Weg 41 c
41464 Neuss

Telefon: 02131 / 1762950
mobil: 0172 / 200 60 45
umsiedlungsbeauftragte@gmx.de

**Tätigkeits- und Erfahrungsbericht
der Umsiedlungsbeauftragten
des Landes Nordrhein-Westfalen**

für den Zeitraum

01. April 2012 – 31. März 2013

Inhaltsverzeichnis

- I. **Grundlage des Berichtes der Umsiedlungsbeauftragten**

- II. **Aufgaben der Umsiedlungsbeauftragten**

- III. **Tätigkeitsbericht**
 1. **Situationsbeschreibung**
 - 1.1 **Tagebau Inden II**
Umsiedlung Pier (Gemeinde Inden)
 - 1.2 **Tagebau Garzweiler II**
 - 1.2.1 **Umsiedlungen Borschemich, Immerath, Lützerath und Pesch (Stadt Erkelenz)**
 - 1.2.2 **Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unterwestrich, Oberwestrich und Berverath (Stadt Erkelenz)**
 - 1.3 **Tagebau Hambach**
 - 1.3.1 **Umsiedlung Manheim (Stadt Kerpen)**
 - 1.3.2 **Umsiedlung Morschenich (Gemeinde Merzenich)**
 2. **Übergreifende Themen im Berichtszeitraum**
 - 2.1 **Besuch der von Braunkohlentagebau und von Umsiedlungen betroffenen Gemeinden durch die Landesplanung im Zeitraum Oktober 2012 bis Januar 2013**
 - 2.2 **Notrufproblematik**
 3. **Beratungstermine, Teilnahme an Sitzungen**

- IV. **Erfahrungsbericht**
 1. **Anliegen der Umsiedler**
 2. **Bürgerbeiräte**
 3. **Gemeinsame Umsiedlung / Funktionsfähigkeit der Infrastruktur / Nachhaltigkeit von Umsiedlungen / Demografischer Wandel**
 4. **Schlussbemerkung**

I. Grundlage des Berichtes der Umsiedlungsbeauftragten

Die zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Umsiedlungsbeauftragten geschlossene Vereinbarung bildet in Verbindung mit dem „Handlungsrahmen für die Beauftragte der Landesregierung für Umsiedlungsfragen im Rheinischen Braunkohlenrevier“ die Grundlage für den Tätigkeits- und Erfahrungsbericht, der jährlich dem für Braunkohlenplanung zuständigen Ministerium über das abgelaufene Jahr für den Zeitraum 01.04. bis 31.03. vorzulegen ist.

Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum 01.04.2012 – 31.03.2013.

II. Aufgaben der Umsiedlungsbeauftragten

Aufgabe der Umsiedlungsbeauftragten ist nach § 3 der geschlossenen Vereinbarung die Beratung und Betreuung der Betroffenen im Rahmen laufender und künftiger Umsiedlungsmaßnahmen sowie die Beratung und Unterrichtung der Landesregierung in Fragen der Sozialverträglichkeit.

Dazu gehören insbesondere:

- a) Unterstützung einzelner Umsiedlungsbetroffener bei außergewöhnlichen Konflikten oder persönlichen Härten,
- b) Mitsprache bei wichtigen Entscheidungen, durch die Belange der umzusiedelnden Bevölkerung betroffen sind,
- c) Beobachtung der Entwicklung der von Umsiedlungen betroffenen Bereiche,
- d) Beratung der Landesregierung in Fragen der Sozialverträglichkeit von Umsiedlungen,
- e) Erstellung eines Tätigkeits- und Erfahrungsberichtes, zu Sonderproblemen eines Ad-hoc-Berichtes,
- f) Teilnahme an Sitzungen der mit Umsiedlungsfragen befassten Gremien,
- g) Angebote von Gesprächsterminen.

III. Tätigkeitsbericht

1. Situationsbeschreibung

1.1 Tagebau Inden II

Umsiedlung Pier (Gemeinde Inden)

Der Altort ist zwischenzeitlich zu 100 % erworben, 98 % der Anwesen sind von RWE übernommen. Der Rückbau ist mit 372 Anwesen zu ca. 75 % abgeschlossen, auch die Kirche wurde im Berichtszeitraum zurückgebaut. Die Umbettungen sind bis auf zwei Grabstellen erfolgt. Es ist davon auszugehen, dass „Haus Pesch“ Ende September 2013 geräumt wird, derzeit läuft die Abstimmung mit der Denkmalbehörde. Der Straßenendausbau des ersten und zweiten Abschnitts in Langerwehe-Jüngersdorf ist abgeschlossen, der dritte und letzte Abschnitt folgt in 2013. Die Pierer Dorfgemeinschaft hat sich entschieden, im September 2013 mit einem Abschlussfest die Umsiedlung zu beenden.

Damit kann die Umsiedlung Pier im Wesentlichen als abgeschlossen bezeichnet werden. Die bergbauliche Inanspruchnahme erfolgt 2013 – 2015.

Derzeit werden Gespräche wegen der Konsequenzen aus der für die Kommune veränderten Finanzierung nach dem Fortfall des sog. „Inden-Modells“ geführt.

Ausgehend von der Zahl der vorliegenden Einigungen bzw. der geschlossenen Notarverträge verteilen sich die Anwesen auf den Umsiedlungsstandort, einen Ersatzstandort oder verbleiben in der Gemeinde Inden (Zahlen sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert):

Pier	Anzahl	Prozent
Anwesen zu Beginn der Umsiedlung (01.03.2005)	466	100 %
Einigungen (inkl. Erwerbe)	460	100 %
davon Ansiedlungen am Umsiedlungsstandort (Langerwehe)	139	30 %
davon Ansiedlungen in der Gemeinde Inden	74	16 %
davon Ansiedlungen in anderen Orten	247	54 %

1.2 Tagebau Garzweiler II

1.2.1 Umsiedlungen Immerath, Lützerath und Pesch sowie Borschemich (Stadt Erkelenz)

Für **Immerath**, **Lützerath** und **Pesch** stehen seit 2006 baureife Grundstücke am Umsiedlungsstandort Kückhoven zur Verfügung. Derzeit läuft der Straßenendausbau des ersten Bauabschnitts. Es darf davon ausgegangen werden, dass die Teilnahmequote an der gemeinsamen Umsiedlung mit 55 % ein stabiler Wert ist. Der dritte Rückbauabschnitt in Pesch wurde in 2012 abgeschlossen. Für Immerath und Lützerath werden die Rückbaumaßnahmen zu gegebener Zeit im bewährten Verfahren gemeinsam u. a. mit der Kommune und Vertretern aus der Bevölkerung besprochen und festgelegt. In den vergangenen Monaten gestaltete sich die Sicherung des Krankenhausgebäudes schwierig. Aus diesem Grunde wird derzeit der vorzeitige Abbruch des Gebäudes erwogen.

Insgesamt sind in den Umsiedlungsorten Immerath, Lützerath, Pesch und Borschemich vermehrt Einbrüche zu verzeichnen. In Abstimmung mit der Stadt Erkelenz, den Mitgliedern der Bürgerbeiräte und der Polizei ist deshalb ergänzend zum Sicherheitsdienst der Bergbautreibenden eine Sicherheitsfirma in den Orten unterwegs. Zudem werden auf Wunsch der Bewohner Lichtstrahler mit integriertem Bewegungsmelder auf den Anwesen installiert. Diese Maßnahmen werden von der Bevölkerung sehr begrüßt.

Die Gespräche, ob und gegebenenfalls wie die Immerather Mühle in den Umsiedlungsstandort integriert werden und damit das Andenken an den Altort wach halten kann, dauern noch an.

Für **Borschemich** sind die Gespräche zum Erwerb der kirchlichen Einrichtungen abgeschlossen. Baureife Grundstücke gibt es in Borschemich seit November 2006 am Umsiedlungsstandort Erkelenz-Nord, der Grundausbau der Straßen ist fertig gestellt. Die Teilnahmequote an der gemeinsamen Umsiedlung hat sich für Borschemich bei 54 % stabilisiert.

Mit den Rodungsarbeiten für den 1. Rückbauabschnitt wurde begonnen. Wie in den übrigen Umsiedlungsorten wurde auch für Borschemich ein Arbeitskreis gebildet, um die Arbeiten in Abstimmung mit den Beteiligten, insbesondere den betroffenen Bürgern und der Kommune durchzuführen. Wegen der Enge des Zeitplanes und der geplanten bergbaulichen Inanspruchnahme im Jahr 2016 mussten Anfang 2013 zwei Grundabtretungsverfahren eingeleitet werden. Die Bemühungen der Bergbautreibenden um einen freihändigen Erwerb waren bisher vergebens.

Zum Ende des Berichtszeitraumes stellt sich die Umsiedlung in Immerath, Lützerath und Pesch und Borschemich wie folgt dar:

Immerath – Lützerath – Pesch	Anzahl	Prozent
Anwesen zu Beginn der Umsiedlung (01.07.2006)	303	100 %
eingegangene Bestandsaufnahmen	298	98 %
eingegangene Wertgutachten	292	96 %
Einigungen (inkl. Erwerbe)	272	90 %
davon Ansiedlungen am Umsiedlungsstandort	147	55 %

Borschemich	Anzahl	Prozent
Anwesen zu Beginn der Umsiedlung (01.07.2006)	214	100 %
eingegangene Bestandsaufnahmen	214	100 %
eingegangene Wertgutachten	212	99 %
Einigungen (inkl. Erwerbe)	197	92 %
davon Ansiedlungen am Umsiedlungsstandort	106	54 %

Mit der folgenden Übersicht werden die Ansiedlungsentscheidungen der Eigentümer in **Immerath, Lützerath, Pesch** und **Borschemich** (Stand: Ende des Berichtszeitraumes) betrachtet:

Ansiedlungsentscheidungen	Anzahl	Prozent
Einigungen gesamt	469	100 %
davon		
- Ansiedlungen in den Umsiedlungsstandorten	253	54 %
- Ansiedlungen in der Stadt Erkelenz	40	9 %
- Ansiedlungen im Kreis Heinsberg	28	6 %

1.2.2 Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unterwestrich, Oberwestrich und Berverath (Stadt Erkelenz)

Am 10.09.2008 hat der Rat der Stadt Erkelenz beschlossen, den Umsiedlungszeitpunkt für die Orte Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich und Berverath zusammen zu legen. Gestartet wurde zunächst mit zwei (parallel verlaufenden) Braunkohlenplanverfahren für die Umsiedlung von Keyenberg und die Umsiedlung von Kuckum, Unter- und Oberwestrich und Berverath, zwischenzeitlich ist die Zusammenführung der Verfahren entschieden.

Am 01.09.2012 fand in der Mehrzweckhalle Keyenberg eine Veranstaltung zum Vergleich der Suchräume statt (Suchraum Venrath, Suchraum Kückhoven, Suchraum Schwanenberg/Oerath, Suchraum Erkelenz-Nord), die Bürger und Bürgerinnen gaben ein erstes Stimmungsbild für eine Standortwahlentscheidung ab. In seiner Sitzung am 31.10.2012 befürwortete der Arbeitskreis des Braunkohlenausschusses die Zusammenführung der Braunkohlenplanverfahren. Am 14.11.2012 fand eine Bürgerinformationsveranstaltung zur Vorstellung der Suchräume statt und am 25.11.2012 wählten die Bürger ihren Umsiedlungsstandort. Mit 66,7 % wurde der Suchraum Erkelenz-Nord gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 63 %. In der zweiten Haushaltsbefragung wurden 613 Interviews durchgeführt. Danach kann mit einer Teilnahmequote von rd. 69 % gerechnet werden. Ziel der städtebaulichen Planung ist, dass Ende 2013 die Lage, Größe und Struktur des Umsiedlungsstandortes feststehen. Am 26. und 27.04.2013 wird ein moderiertes Planungsverfahren zur Planung des Umsiedlungsstandortes in Erkelenz-Nord stattfinden.

Zur Information an dieser Stelle noch einmal die wesentlichen Daten der Umsiedlung:

	Keyenberg	Kuckum	Berverath	Ober-/ Unterwestrich
Einwohner ca.	850	450	100	141
Anwesen ca.	300	145	40	60
Fläche ca.	40 ha	20 ha	9 ha	12 ha
Planungsbeginn	Ende 2010	Ende 2010	Ende 2010	Ende 2010

Beginn der Umsiedlungsmaßnahme	2016/17	2016/17	2016/17	2016/17
Bergbauliche Inanspruchnahme	2023	2027	2028	2027

1.3 Tagebau Hambach

1.3.1 Umsiedlung Manheim (Stadt Kerpen)

Die Erschließung des Umsiedlungsstandortes begann im Sommer 2011, baureife Grundstücke standen ab April 2012 zur Verfügung. Am Umsiedlungsstandort ist der Grundausbau der Erschließungsmaßnahmen fertig gestellt. Mit der Herstellung der Grünflächen ist in diesem Jahr zu rechnen. Seit dem 20.12.2010 können die Bestandsaufnahmen für die Anwesen beauftragt werden, derzeit liegen Aufträge für rd. 84 % (485) aller Anwesen vor. Die Vergabe der Grundstücke verläuft weiter problemlos, dies gilt auch für die gewerblichen Grundstücke. Erste Häuser sind bereits bezogen. Das Thema „Wohnen im Alter“ beschäftigt derzeit die Bevölkerung, die Mieterbörse wurde im März 2012 eröffnet.

Die Verhandlungen zwischen der Stadt Kerpen und RWE zur Entschädigung der sozialen Infrastruktur waren langwierig, sind aber zwischenzeitlich abgeschlossen. Als erste konkrete Maßnahme wird der Friedhof errichtet.

Für die Umsiedlung Manheim liegen zum Ende des Berichtszeitraumes nachstehende Daten vor:

Manheim	Anzahl	Prozent
Anwesen zu Beginn der Umsiedlung (01.04.2012)	576	100 %
beauftragte Bestandsaufnahmen	485	84%
beauftragte Wertgutachten	435	76 %
Einigungen (inkl. Erwerbe)	251	44 %
davon Ansiedlungen am Umsiedlungsstandort	113	45 %
davon Ansiedlungen in der Stadt Kerpen	20	8 %
davon Ansiedlungen im Rhein-Erft-Kreis	11	4 %

1.3.2 Umsiedlung Morschenich (Gemeinde Merzenich)

Im September 2012 wurde die zwischen der Gemeinde Merzenich und RWE erarbeitete Morschenich-Erklärung unterzeichnet. In der Sitzung am 05.11.2012 erfolgte die Beschlussfassung des Braunkohlenausschusses über die Anregungen im Braunkohlenplanverfahren Umsiedlung Morschenich sowie über die Aufstellung des Braunkohlenplanes. Der Rat der Gemeinde Merzenich hat in seiner Sitzung am 13.12.2012 die Planungsentwürfe zur Aufstellung des Bebauungsplanes Morschenich-Neu sowie zur Änderung des Flächennutzungsplanes genehmigt und die Offenlage angeordnet.

Am 10.04.2013 findet die 10. Bürgerinformationsveranstaltung zur Umsiedlung Morschenich statt. Es geht um das für die Bevölkerung wichtige Thema der Grundstücksvormerkung. Außerdem wird das Beratungsangebot während dieser Phase in Morschenich erweitert und bei dieser Gelegenheit der beauftragte neutrale Berater vorgestellt.

Der Beginn der Erschließungsarbeiten ist für September 2013 geplant, die Umsiedlung soll am 02.12.2013 beginnen. Es wird eine Teilnahmequote von rd. 70 % erwartet. Die Umsiedlung Morschenich betrifft ca. 491 Einwohner in ca. 214 Haushalten.

In einer Bürgerinformationsveranstaltung am 30.05.2012 wurde der Morschenicher Bevölkerung von den Stadtwerken Düren ein Nahwärmekonzept mit der Empfehlung einer zentralen Wärmeversorgung mit Holzpellets vorgestellt. Es fanden mehrere Beratungstermine und eine Abfrage unter der Morschenicher Bevölkerung statt, um eine Entscheidung für oder gegen eine zentrale Wärmeversorgung in Morschenich-Neu treffen zu können. Eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen – dabei spielt die Frage der Übernahme der Investitionskosten eine große Rolle.

2. Übergreifende Themen im Berichtszeitraum

2.1 Besuch der von Braunkohlentagebau und von Umsiedlungen betroffenen Gemeinden durch die Landesplanung im Zeitraum Oktober 2012 bis Januar 2013

Im Zeitraum Oktober 2012 bis Januar 2013 hat sich die Landesplanung mit den von der Umsiedlung betroffenen Kommunen und Vertretern der Bürgerbeiräte getroffen. Es fand außerdem jeweils eine Befahrung der Orte statt.

Teilnehmer waren jeweils

- als Vertreter der Staatskanzlei der Leiter der Landesplanungsbehörde Herr Dr. Christoph Epping und sein Mitarbeiter Herr Sascha Wisniewski
- als Vertreterinnen der Bezirksregierung Frau Susanne Brüggemann bzw. Frau Vera Müller
- die Bürgermeisterin/die Bürgermeister mit ihren Beigeordneten/Dezernenten und für die Umsiedlung zuständigen Mitarbeitern
- Abordnungen der Bürgerbeiräte
- die Umsiedlungsbeauftragte

Alle vier von Umsiedlung betroffenen Kommunen haben die angebotenen Gesprächstermine sehr begrüßt. Die Gespräche waren sehr offen und konstruktiv. Sie haben deutlich gemacht, welcher zusätzliche Einsatz für die betroffenen Städte und Gemeinden durch den Umsiedlungsprozess erforderlich ist. Insgesamt wurde der Prozess als geordnet im kompetenten Miteinander der Zuständigen (Kommune, Bezirksregierung, RWE) beschrieben. Das Land wird als neutraler Ansprechpartner wahrgenommen.

An dieser Stelle sollen die wesentlichen Themen, die zum Zeitpunkt der Gespräche in den Städten/Gemeinden besonders aktuell waren, kurz benannt werden:

- **Stadt Kerpen/Umsiedlung Manheim**
schwierige und langwierige Verhandlungen mit RWE wegen der Entschädigung der sozialen Infrastruktur und der Kostenerstattung des durch die Umsiedlung bedingten Verwaltungsmehraufwandes
- **Gemeinden Inden und Langerwehe/Umsiedlung Pier**
Finanzierung des Endausbaus im Umsiedlungsstandort Langerwehe/Pier nach Umstellung der Finanzierung
- **Gemeinde Merzenich/Umsiedlung Morschenich**
Errichtung einer zentralen oder dezentralen Wärmeversorgung am Umsiedlungsstandort – Investitionskosten bei zentraler Wärmeversorgung -, allgemeine Entwicklung der Gemeinde Merzenich (Neubaugebiet, Ansiedlung eines großflächigen Einzelhandelsbetriebes)
- **Stadt Erkelenz/Umsiedlungen Immerath, Borschemich, Kuckum/ Keyenberg**
unzureichende Sicherheitslage, Notrufsituation, fehlende Feinstaubmessungen, Informationen über die die Umsiedlung begleitenden Maßnahmen (Brunnen, Betriebsstraße)

2.2 Notrufproblematik

In meinen letzten Berichten und mündlichen Vorträgen habe ich die fehlerhafte Notrufroufung im Bereich der Umsiedlungsortschaften der Stadt Erkelenz beschrieben und mich deutlich für eine Korrektur ausgesprochen.

Im Juni 2012 durfte ich im Düsseldorfer Innenministerium an einem Gespräch mit Vertretern der Bundesnetzagentur, der Deutschen Telekom AG, der Stadt Erkelenz und der Staatskanzlei teilnehmen. Als Ergebnis war festzuhalten, dass ein gemeinsames Verfahren zur Optimierung der Notrufsituation verabredet wurde. Zuletzt beantragte das Innenministerium im August 2012 die Änderung der Notruflenkung. Eine Antwort der Bundesnetzagentur ist mir bis heute nicht bekannt.

So muss ich leider an dieser Stelle feststellen, dass sich der Sachverhalt für die Umsiedler nicht verändert hat. Ich stelle außerdem fest, dass die Möglichkeiten meiner Einflussnahme damit erschöpft sind. Ich hätte mir – unter Berücksichtigung der Brisanz des Themas - gewünscht, dass den berechtigten Nöten und dem verständlichen Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung von der letztlich zuständigen Bundesnetzagentur mehr Aufmerksamkeit gewidmet und Verständnis entgegen gebracht wird.

3. Beratungstermine, Teilnahme an Sitzungen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Termine wahrgenommen:

• Gesprächstermine mit / bei Umsiedlern	97
• Sitzungen/Befahrungen des Braunkohlenausschusses und seiner Arbeitskreise	5
• Gemeinsame Koordinierungsgruppe Umsiedlung	2
• Bürgerversammlungen/-informationsveranstaltungen, Workshops, Bürgerbeiratssitzungen, Arbeitskreise der Bürgerbeiräte	41
• Braunkohlentag (Cottbus)	1
• Ratssitzungen und –Ausschüsse	4
• Gespräche mit RWE Power	17
• Gespräche Staatskanzlei/Ministerien/Bezirksregierung Köln	18
• Gespräche Stadt-/Gemeindeverwaltungen	11
• Repräsentative Termine und Termine zur allgemeinen Information zu den Themen Energiewirtschaft und Umsiedlung (Grundsteinlegungen/1. Spatenstich, Einsegnungen/Einweihungen/Eröffnungen, Foren, Tscherperfrühstück, Barbaraempfang u.a.)	17

IV. Erfahrungsbericht

1. Anliegen der Umsiedler

Kontinuierlich werden die mündlichen und schriftlichen Informationen, die die Umsiedler während des gesamten Prozesses erhalten, verbessert, vervollständigt und auch den konkreten Wünschen angepasst. So führen z.B. die „Lesehilfe“ in Mannheim und der „Umsiedlungsordner Morschenich“ dazu, dass allen Umsiedlern alle wesentlichen Regelungen, Pläne, Verträge etc. vorliegen und jeder sich ein umfassendes Bild machen kann. So kommt es zwar häufig zu „Verständnisfragen“, der gesamte Prozess wird aber immer transparenter und verständlicher, was sich insgesamt positiv auswirkt.

Wie auch in der Vergangenheit zu beobachten, hängen die konkreten Anliegen der Umsiedler naturgemäß vom Verfahrensstand der Umsiedlung ab. An dieser Stelle soll wieder beispielhaft aufgezeigt werden, welche Probleme die Umsiedler aktuell vor Ort beschäftigen:

- Unverändert sind regelmäßige Anliegen der Wunsch der Umsiedler nach Unterstützung oder Vermittlung bei Kontakten zur Bergbautreibenden oder auch zu den Kommunen.
- Die verständliche Unruhe vor Ort ebbt regelmäßig dann ab, wenn das Verfahren der Grundstücksvormerkungen angelaufen ist und die Umsiedler sich mit ihrer ganz persönlichen Umsiedlung und den konkreten Aufgaben ihres Bauprojektes beschäftigen können und müssen. Die Fragestellungen und Unterstützungswünsche verändern sich und werden sehr viel konkreter. Dies ist auch für den Umsiedlungsstandort Mannheim so zu erkennen.
- Eine Vielzahl der Fragen kommt aus den Orten, in denen der Umsiedlungsbeginn noch bevorsteht (derzeit insbesondere Kuckum, Keyenberg). Vermehrt wurde in den letzten Monaten dort von Vermietern beklagt, dass sich die Vermietung von frei gewordenen Mietwohnungen schwierig gestaltet, weil „keiner mehr dort hin

will“. Ob es sich um eine zufällige Häufung oder ein grundsätzliches Problem handelt, muss beobachtet werden.

- Die Mehrzahl der Bürger und Bürgerinnen aus Immerath/Lützerath, Pesch und Borschemich wohnt bereits im neuen Ort. Insbesondere in Borschemich drängen Probleme von Umsiedlern, die noch nicht mit RWE endverhandelt haben oder nach Abschluss der Verhandlungen die festgelegte Räumung nicht vollziehen wollen. Da die bergbauliche Inanspruchnahme bereits 2016 erfolgen wird, ist diesen Fällen von allen Beteiligten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Hier werden immer wieder Probleme deutlich, die nicht ursächlich durch die Umsiedlung ausgelöst worden sind, aber im Rahmen der Umsiedlung deutlich werden und gelöst werden müssen (z. B. Überschuldung, persönliche und/oder wirtschaftliche Schwierigkeiten). Derartige Fälle sind in der Regel sehr zeitaufwendig und bedürfen einer besonders sensiblen Vorgehensweise.

2. Bürgerbeiräte

Die von der Bevölkerung gewählten Bürgerbeiräte sind in allen Umsiedlungsorten zu einer unverzichtbaren Institution geworden. Ihr zeitliches und persönliches Engagement, die im Umsiedlungsprozess erworbene Kompetenz und die vermittelnde und stabilisierende Begleitung des gesamten Geschehens werden von den Umsiedlern und allen übrigen Beteiligten anerkannt und geschätzt.

Die Bürgerbeiräte arbeiten nach wie vor sehr unterschiedlich (öffentliche / nichtöffentliche Sitzungen – Bürgerbeiräte tagen situationsbezogen oder regelmäßig - Kontinuität in der Besetzung der Bürgerbeiräte / Wechsel der Mitglieder usw.), es scheint ihnen aber immer wieder zu gelingen, das richtige Verfahren für „ihren“ Ort zu finden.

So tragen die Bürgerbeiräte in den Umsiedlungsorten ganz wesentlich dazu bei, dass die Umsiedlungen im Revier sozialverträglich ablaufen. Es kann allen nur empfohlen werden, die Bürgerbeiräte bei ihrer Arbeit zu unterstützen und dabei immer zu bedenken, dass diese Arbeit ehrenamtlich geschieht.

3. Gemeinsame Umsiedlung / Sozialverträgliche Umsiedlung / Nachhaltigkeit von Umsiedlungen / Demografischer Wandel

Unter gemeinsamer Umsiedlung ist die Umsiedlung der Bewohner einer Ortschaft an einen gemeinsamen Standort innerhalb eines begrenzten Zeitraumes zu verstehen. In der Braunkohlenplanung wird das Konzept der gemeinsamen Umsiedlung praktiziert. Die gemeinsame Umsiedlung ist in den vergangenen 50 Jahren von der Mehrheit der Umsiedler im Rheinischen Braunkohlenrevier mitgetragen worden. So wird vor Beginn der Umsiedlung grundsätzlich kein Objekt durch die RWE Power AG aufgekauft. Gelegentlich kommen Diskussionen zu diesem Thema und der Frage auf, ob die gemeinsame Umsiedlung noch das richtige Konzept ist. Letztendlich hat sich die gemeinsame Umsiedlung immer noch als das beste Konzept durchgesetzt. Aktuell gibt es nach meinem Kenntnisstand keine nennenswerten Diskussionen zu diesem Thema. Für Fälle mit besonderen Notlagen steht die Härtestelle bei der Bezirksregierung zur Verfügung.

Im Rahmen des Bemühens um die ständige Weiterentwicklung und Verbesserung der Umsiedlungen stehen unverändert Themen wie

- Nachhaltigkeit von Umsiedlungen
- Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Umsiedlungen und
- Formen und Angebote altengerechten Wohnens

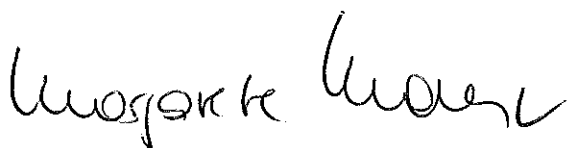
auf der Tagesordnung.

4. Schlussbemerkungen

Es ist unverändert festzustellen, dass zwischen den Kommunen, in denen Ortschaften umgesiedelt werden, und den übrigen verantwortlich Handelnden im Umsiedlungsprozess ein gutes transparentes Miteinander besteht. Der organisierte vertrauensvolle Umgang wirkt sich positiv auf den Umsiedlungsprozess aus.

Die ständige Fortentwicklung und Evaluierung der Rahmenbedingungen und die Bereitschaft, von Umsiedlern eingebrachte Veränderungen zu diskutieren und wenn eben möglich, umzusetzen, machen den schwierigen und langwierigen Prozess für die Betroffenen einfacher und verträglicher.

Uns allen ist bewusst, dass die Menschen in den Umsiedlungsorten nicht aus eigenem Entschluss und freiwillig ihre Heimat verlassen. Klar ist auch, dass nicht alle Vorstellungen erfüllt werden können. Umso erfreulicher ist es immer wieder festzustellen, dass die meisten Umsiedler abschließend bestätigen, der Prozess laufe transparent, geordnet und zu ihrer Zufriedenheit.



Margarete Kranz